KOMPAKT

Nachrichten, Glosse, Leserecho

Bericht: NRW-SPD droht ein Streit um den Parteivorsitz

Wiebke Esdar FOTO: PA

Düsseldorf. Gibt es in der NRW-SPD nach den herben Verlusten bei der Kommunalwahl Bestrebungen, Landesparteichef Sebastian Hartmann beim Parteitag im November in Münster zu stürzen? Laut dem „Kölner Stadtanzeiger“ wollen Parteikreise im Bundestag und im Willy-Brandt-Haus die Bielefelder Bundestagsabgeordnete Wiebke Esdar zu einer Kandidatur um den Parteivorsitz bewegen. Die Politikerin wollte das Gerücht weder bestätigen noch dementieren.

Nach Informationen dieser Zeitung gibt es tatsächlich Überlegungen, Esdar zu stärken und damit womöglich die Ambitionen anderer SPD-Politiker zu schwächen. Möglicherweise stellt auch SPD-Landtagsfraktionschef Thomas Kutschaty im November die Machtfrage. Wiebke Esdar gehört zu den Unterstützern des SPD-Vorsitzenden Norbert Walter-Borjans. *mk*

Stamp kritisiert in der Flüchtlingsfrage Seehofer und Maas

Düsseldorf. Die Diskussion im Landtag über die Situation auf Lesbos und der Aufnahme von Flüchtlingen nutzten alle Fraktionen am Mittwoch zur Kritik am politischen Gegner. NRW-Flüchtlingsminister Joachim Stamp (FDP) kritisierte die schwarz-rote Bundesregierung nach der Brandkatastrophe im griechischen Flüchtlingslager Moria. Von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) und auch von Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) komme zu wenig für eine europäische Lösung. SPD und Grüne im Landtag forderten die Aufnahme von mehr Schutzsuchenden von der Insel Lesbos als bisher zugesagt. Dafür solle sich NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) im Bund einsetzen, sagte Grünen-Fraktionschefin Monika Düker. Deutschland will zusätzlich 1553 Flüchtlinge aufnehmen. Laschet hatte zuvor die Aufnahme von 1000 Flüchtlingen in NRW angeboten, die in Griechenland bereits als besonders schutzbedürftig anerkannt wurden. *dpa*

GLOSSE

Radweg und Grubenrad

Bald wird der erste Radweg in Deutschland 100 Jahre alt, wann genau, weiß man nicht so ganz. Sicher ist, dass er nicht im Revier erfunden wurde. Brauchte hier keiner, wir hatten ja erst das Grubenpferd und dann die autogerechte Stadt, bei der in die verbliebenen Lücken Parkplätze gequetscht wurden, bis alles voll war.

Nichts ist schwerer, als das Rad der Geschichte zurückzudrehen, Beispiel Essen. Die (einzige) Ausgehmeile wurde nach Hin und Her zur Fahrradstraße umgebaut. Also: Es wurden Fahrräder auf die Fahrbahn gemalt, dafür darf nicht mehr auf dem Gehweg geradelt werden, verkehrsberuhigendes Rechts-vor-links gibt es auch nicht mehr, eine Einbahnstraßenregelung auf der schmalen Straße blieb aus. Der Versuch, es allen recht zu machen und keinem weh zu tun, endete: mit der Unzufriedenheit aller.

Man weiß nicht genau wann, aber sicher ist, dass zur gleichen Zeit wie der Radweg im Ruhrgebiet das Grubenrad erfunden wurde. Hat sich nichts geändert: Als Radfahrer kommt man im Revier besser unter als über Tage voran. *(gh)*

BRIEFE AN DIE REDAKTION

Kein gutes Beispiel

In der digitalen Welt gut unterwegs. Leider ist vergessen worden zu erwähnen, dass die Schiller-Schule die Schule der Gutsituierten in Bochum ist. Die Finanzkraft vieler Eltern reicht mit Sicherheit aus, um die Digitalisierung der Schule mit Spenden/Know-how/Beziehungen nach vorne zu bringen. Selbstverständlich sind Stimmung und Engagement der Lehrer in so einer Situation super. Interessanter wäre ein Artikel, wie Lehrer mit viel Engagement versuchen, die Digitalisierung in einer nicht privilegierten Schule voranzubringen. **Stefanie Grohs**, E-Mail

Vorbereitet sein

Rechtes Netzwerk bei Polizei. Wer die Polizei, Bundeswehr und den gesamten öffentlichen Dienst als Spiegelbild der Gesellschaft erklärt, darf wie Reul nicht überrascht, sondern muss auf diese Gefahr ständig vorbereitet sein. **Jürgen Dressler,** E-Mail

@ Bitte senden Sie Ihre Meinung mit Namen und Wohnort an: **meinungsforum@waz.de** *(Wir behalten uns das Recht vor, Ihre Einsendung zu kürzen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.)*

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE 4

Gründungsherausgeber: Erich Brost und Jakob Funke
Chefredakteur: Andreas Tyrock. **Stellvertreter:** Dr. Anne Krum, Dr. Alexander Marinos.
Desk/Politik: Lutz Heuken (Leitender Redakteur), Torsten Droop (Stellv. Desk). **Chef vom Dienst Lokales:** Heinz-Dieter Schäfer. **Wirtschaft:** Stefan Schulte. **Rhein-Ruhr:** Frank Preuß. **Sport:** Peter Müller. **Kultur:** Jens Dirksen. **Wochenende:** Marc Oliver Hänig. **Düsseldorf:** Dr. Tobias Blasius, Matthias Korfmann. **Redaktion/Reporter:** Andreas Böhme, Annika Fischer, Thomas Mader, Ute Schwarzwald, Hubert Wolf (Rhein-Ruhr), Michael Kohlstadt, Stephanie Weltmann (Politik), Christopher Onkelbach (Politik/Wissenschaft), Frank Meßing, Ulf Meinke (Wirtschaft), Lars Ludwig von der Gönna, Britta Heidemann (Kultur), Georg Howahl, Marc Podgornik, Maren Schürmann (Wochenende). **Produktion:** FUNKE Redaktions Services; Oliver Multhaup (Ltg.), Carsten Oberste-Kleinbeck (Chef vom Dienst). **Technik:** Andreas Mangen.
Mediacampus WAZ: Raufeld Medien, Dr. Sabine Schouten, Paul-Lincke-Ufer 42/43, 10999 Berlin.
Überregionale Inhalte sowie Märkte- und Serviceseiten entstehen in Zusammenarbeit mit der **FUNKE Zentralredaktion Berlin:** Jörg Quoos (Chefredakteur), Jochen Gaugele (Stellv.). Online: Carsten Erdmann (Chefredakteur), Laura Himmelreich (Stellv.).
Anschrift der Redaktion: Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen; Internet: waz.de;
E-Mail: zentralredaktion@waz.de.
Verantwortlich für Anzeigen und Verlagsbeilagen: Dennis Prien, Anschrift wie Anzeigen. Anzeigenpreisliste Nr. 45, FUNKE MEDIENGRUPPE (WAZ + NRZ + WR + WP). Erfüllungsort und Gerichtsstand für das Mahnverfahren ist Essen. Anzeigen und Beilagen politischen Aussageinhaltes stellen allein die Meinung der dort erkennbaren Auftraggeber dar.
Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Tageszeitung.
Anzeigen: FUNKE Media Sales NRW GmbH, Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen;
E-Mail: vermarktung@funkemedien.de.
Vertrieb: FUNKE Medien NRW GmbH, Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen.
Vertrieb/Leserservice: Tel. 0800 6060710*, Fax 0800 6060750* (*kostenlose Servicenummer).
E-Mail: leserservice@waz.de.
Ein Titel der FUNKE MEDIENGRUPPE
Verlag: ZEITUNGSVERLAG NIEDERRHEIN GmbH & Co. Essen, Kommanditgesellschaft, Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen, Telefon 0201 8040, Fax 0201 804-2841. Briefanschrift: 45123 Essen.
Geschäftsführer: Ove Saffe, Andreas Schoo, Michael Wüller
Druck: Druckzentrum Hagen GmbH, Hohensyburgstr.67, 58099 Hagen
Für die Herstellung der WAZ wird Recycling-Papier verwendet

Rechtsextremes Netzwerk bei der NRW-Polizei

Ernste Gesichter: Herbert Reul mit der Abteilungsleiterin Polizei, Daniela Lesmeister, dem als Extremismusbeauftragten für die Polizei fungierenden Michael Frücht (2.v.r.) und dem Essener Polizeipräsidenten Frank Richter bei ihrer Pressekonferenz am Mittwoch. FOTO: JENS KRICK / PA

„Eine Schande für die Polizei“

Lange wurde kein Haltungsproblem gesehen, jetzt offenbart sich eine rechtsextremistische Gesinnung bei einer Gruppe von Beamten. 29 sind suspendiert

Von Tobias Blasius

Düsseldorf. Als die nordrhein-westfälische Polizei Ende Mai ihre neuen „Extremismusbeauftragten“ für jede Behörde vorstellte, wirkte Michael Frücht noch recht zuversichtlich, dass es sich um eine reine Vorsichtsmaßnahme handeln würde. Extremisten im Einsatz? Ein größeres Haltungsproblem unter den 50.000 Beamten konnte der Chef des Landesamtes für Personalangelegenheiten damals nicht erkennen.

Am Mittwochmorgen sitzt Frücht konsterniert in seiner Uniform im großen Saal des Düsseldorfer Innenministeriums neben Minister Herbert Reul (CDU) und sagt: „Ich bin jetzt 44 Jahre im Polizeidienst. Angesichts dieser Vorgänge schäme ich mich.“ Zuvor hatte Reul öffentlich gemacht, was bereits seit Anfang September die Führungsebene des Innenministeriums bestürzt: Mindestens 29 Polizisten, darunter sechs Frauen und auch Beamte mit Migrationshintergrund, müssen sich seit Jahren Bilder und Nachrichten mit schlimmster Nazi-Hetze in privaten Chat-Gruppen hin- und hergeschickt haben. Hakenkreuze, Reichskriegsflaggen, Hitler-Fotos, die fiktive Darstellung eines Flüchtlings in einem Konzentrationslager oder Szenen einer Erschießung von Menschen mit dunkler Hautfarbe. Mindestens 126 strafrechtlich relevante Bilddateien zirkulierten in der Gruppe.

„Wir reden hier von übelster und widerwärtigster neonazistischer, rassistischer und flüchtlingsfeindlicher Hetze“, räumte Reul ein. Alle 29 Polizisten wurden am Mittwoch vom Dienst suspendiert, 14 besonders aktive Chat-Teilnehmer sollen ihren Beamtenstatus verlieren und rausgeschmissen werden. Bei ihnen rückten am Mittwochmorgen mehr als 200 Kollegen der Sonderkommission „Parabel“ an und durchsuchten deren Privatwohnungen.

„Bis ins Mark getroffen“

Dreh- und Angelpunkt der Chatgruppe scheint die zum Präsidium Essen gehörende Mülheimer Wache zu sein. Die allermeisten Chat-Teilnehmer haben irgendwann einmal dort im Wach- und Wechseldienst gearbeitet oder taten es bis zum Mittwoch. Es sind normale Streifenbeamte zwischen 30 und 50 Jahren, darunter auch der Dienstgruppenführer. Jetzt ist eine komplette von fünf Mülheimer Dienstgruppen außer Dienst, was die Dimension der Verfehlungen zeigt.

Reul sprach von einer „Schande für die NRW-Polizei“. Der Sicherheitsapparat werde „bis ins Mark getroffen“. Als einziger Trost bleibe ihm, dass die rechtsextreme Chatgruppe durch die Polizei selbst ans Tageslicht gezerrt wurde. Ende August war intern in völlig anderer Angelegenheit gegen einen Polizisten ermittelt worden, der im Verdacht stand, Dienstgeheimnisse an einen Journalisten verraten zu haben. Bei der Sicherstellung des Privathandys wurden die Nazi-Inhalte bemerkt. Seither scheint die Meldekette bis an die Spitze des Innenministeriums funktioniert zu haben.

Obwohl eine der privaten Chat-Gruppen bereits 2013 gegründet worden sein soll und es eine Vielzahl von passiven Teilnehmern gab, ist im Laufe der Jahre nie jemand auf die Idee gekommen, die strafbaren und menschenverachtenden Inhalte zu melden. „Falsch verstandenen Korpsgeist darf es nicht geben“, sagte Reuls Polizei-Abteilungsleiterin Daniela Lesmeister, die einst selbst in Gelsenkirchens Problemviertel Streife fuhr. Essens Polizeipräsident Frank Richter, dessen Ehefrau Extremismusbeauftragte seiner Behörde ist, hat nach eigener Auskunft keinerlei Hinweise auf die extremistischen Umtriebe gehabt. Essen ist kein leichtes Pflaster für die Polizei, weshalb Richter nun einen „Autoritätsverlust“ seiner Leute auf der Straße fürchtet.

Völlig aus heiterem Himmel kommen die Vorgänge freilich nicht. Im Februar wurde in Hamm sogar ein Mitarbeiter durch die eigenen Kollegen festgenommen. Gegen ihn wird wegen des Verdachts der Unterstützung einer rechtsterroristischen Zelle ermittelt. Reul hatte auch schon länger einen bangen Blick nach Hessen und die Probleme seines Amtskollegen mit dem dortigen NSU 2.0-Netzwerk geworfen. Blindes Vertrauen schien er in all die routinierten Versicherungen seiner Untergebenen jedenfalls nicht zu haben, dass die NRW-Polizei keinerlei Extremismus-Problem habe. Ob es Bezüge der Chat-Teilnehmer in die rechte Szene gibt, blieb zunächst unklar.

Die Hauptwache der Polizei in Mülheim. FOTO: LARS HEIDRICH / FFS

Reul flüchtet in die Offensive

Reul flüchtete sich am Mittwoch in die Offensiv-Strategie, die er schon einmal nach dem Kindesmissbrauchsskandal von Lügde erfolgreich angewendet hatte: Er kündigte an, den gesamten Apparat ohne Rücksicht auf Verluste umzukrempeln. Er bestimmte den Verfassungsschützer Uwe Reichel-Offermann zum „Sonderbeauftragten rechtsextremistische Tendenzen in der nordrhein-westfälischen Polizei“. Noch am Mittwochnachmittag wurden sämtlich Behördenleiter einbestellt. Alle 2000 Führungskräfte der NRW-Polizei werden zu Fachtagungen verpflichtet. Reul, der sonst immer voller Pathos „von meiner Polizei“ schwärmt, zog eine bittere Zwischenbilanz: Man habe Beschäftigte, „die ein echtes Haltungsproblem haben“.

Neuer Streit um Extremismus-Studie

Polizeigewerkschaften in der Frage nach Untersuchung gespalten. Forscher sieht klare Tendenzen

Von Matthias Korfmann

Düsseldorf. Im Zuge des Skandals um rechtsextreme Chatgruppen flammt der Expertenstreit über den Sinn einer Studie zu Rechtsextremismus bei der Polizei wieder auf. „Die aktuellen Fälle zeigen einmal mehr, wie wichtig eine unabhängige, wissenschaftliche Studie zu den Einstellungen von Polizisten in Deutschland wäre. Wir haben hier schon viel Zeit verloren“, sagte Sebastian Fiedler, Vorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, dieser Redaktion.

Fiedler glaubt nicht, dass die Polizei in der Breite ein Problem mit Rechtsextremismus hat. „Es gibt aber keinen Grund dafür, nicht einmal wissenschaftlich genau hinzusehen.“ Jedenfalls rüttele das, was in Essen und Mülheim geschehen ist, an den Grundfesten des Vertrauens in die Polizei.

Irene Mihalic FOTO: FFS

Michael Maatz, Vize-Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in NRW, hält dagegen. Die bekanntgewordenen Fälle müssten natürlich vollständig aufgeklärt werden, aber dazu brauche man keine Studie. „Eine unabhängige Studie machte nur dann Sinn, wenn die Polizei ein strukturelles Problem mit Rechtsextremismus hätte. Das ist aber nicht so“, sagte Maatz. Die Polizei fürchte keine wissenschaftliche Untersuchung, aber diese Studie sei entbehrlich: „Wir müssen die Kirche im Dorf lassen. Von den rund 50.000 Beschäftigten in der NRW-Polizei stehen etwa 0,1 Prozent unter Rechtsextremismusverdacht.“ Maatz erinnert daran, dass die aktuellen Fälle durch interne Ermittlungen aufgedeckt wurden. „Das zeigt, dass da nichts unter den Tisch fällt.“

Die Innenexpertin der Grünen im Bundestag und Ex-Polizistin Irene Mihalic fordert dagegen mit Nachdruck eine unabhängige Studie zu verfassungsfeindlichen Einstellungen von Polizisten: „Sie könnte ein Frühwarnsystem sein für gefährliche Entwicklungen.“

„Man muss leider sagen, dass die Polizei ein strukturelles Problem mit Rechtsextremen in den eigenen Reihen hat. Und die Polizei muss sich proaktiv damit auseinandersetzen“, erklärte der Kriminologe Prof. Tobias Singelnstein von der Ruhr-Uni Bochum. So seien Vorgesetzte gefragt, „die für eine demokratische Kultur sorgen. Die klarstellen, dass Wörter wie ‚Kanake‘ oder ein rassistischer Witz nicht toleriert werden“. Hier werde etwas sichtbar, von dem wir im Grunde schon lange wüssten: „In der Polizei gibt es einen gewissen Teil von Beamten mit rechtsextremen und rassistischen Einstellungen.“ Älteren Studien zufolge hätten etwa fünf bis 15 Prozent der Polizisten solche Einstellungen.